

## **Inhalt der Sitzung vom 20.09.2004**

### **TOP Ö 1 Verpflichtung der am 13. Juni 2004 gewählten Gemeinderäte**

Bei der am 13. Juni 2004 erfolgten Wahl des Gemeinderats wurde das neue Gremium auf die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Gewählten haben die Wahl mit schriftlicher Erklärung angenommen. Evtl. Hinderungsgründe im Sinne der Gemeindeordnung sind nicht ersichtlich. Die Gültigkeit der Wahl wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde geprüft. Mit Schreiben vom 29.06.2004 teilte das Landratsamt mit, dass die Prüfung keine Beanstandungen ergab, so dass die Wahl als rechtmäßig anzusehen ist. Sowohl die neu gewählten Bewerber, als auch die wieder gewählten Gemeinderäte waren nunmehr in der ersten Sitzung des neuen Gremiums vom Bürgermeister öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung ihres Amtes zu verpflichten.

Bürgermeister Huckele begrüßte die alten und neuen Räte und stellte fest, dass es für ihn nach 1994 und 1999 bereits die 3. Verpflichtung eines neu gewählten Ratsgremiums ist. Er machte deutlich, dass die Ratsmitglieder auch heute noch einen gewissen Stellenwert und Ansehen in der Kommune genießen. Mit den positiven Ergebnissen der Wahl am 13.06.04, bei der die Damen und Herren Räte eine stattliche Zahl von Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten, erhielten diese auch einen Vertrauensbeweis für die künftige Arbeit im Gremium. In Folge stellte das Gemeindeoberhaupt fest, dass sich das Gesamtgremium zu annähernd einem Viertel personell geändert hat. Die CDU-Fraktion verlor hierbei einen Sitz, zudem schieden 3 der alten Ratsmitglieder aus dem Gremium (GR Lerche, GR Dr. Schifferer sowie GR Busse) zwei neue Mitglieder rückten nach (GR Berger und GR Sessler). Gleichfalls einen Sitz verlor die SPD, bei der GR Ott ausschied. Jeweils einen Sitz gewonnen hat die PL und die GLP, die von GRin Breitenbücher (PL) bzw. GR Wolf (GLP) eingenommen werden.

Wie der Bürgermeister rückblickend feststellte, nannte er bei der Verpflichtung vor 5 Jahren u.a. die Bebauung des Areals Mack, den Bau des Regenrückhaltebeckens in der Gänsweid, die Erschließung weiterer Baugebiete im Bereich „Keesgrieb“, ehem. Eisenbahnersiedlung sowie „Gässeläcker“, die Flurbereinigung, die Instandhaltung der gemeindlichen Einrichtungen, die Erstellung eines Verkehrskonzeptes sowie insbesondere die Konsolidierung der Gemeindefinanzen als wichtigste Aufgaben. Vorgenannte Projekte wurden zwischenzeitlich bereits erfolgreich abgeschlossen bzw. auf den Weg gebracht, dankte der Bürgermeister dem alten Ratsgremium für dessen engagierte Arbeit. Vorausschauend gelte es für das neue Gremium mit Mut und Engagement die anstehenden Aufgaben anzugehen. Im Gegensatz zu Bund und Land gibt es beim Kommunalparlament keine Koalition bzw. Opposition, stellte das Gemeindeoberhaupt fest. Der Gemeinderat ist vielmehr ein Verwaltungsorgan, dem der Bürgermeister Kraft Amtes vorsteht und dessen gewählte Vertreter im Rahmen der Gesetze nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden. Hierbei müssen persönliche Interessen oder aber die Vertretung von Interessengruppen dem Allgemeinwohl untergeordnet werden. Die Verwaltung, so Bürgermeister Huckele weiter, wird alles tun, um die Ratsmitglieder in die Lage zu versetzen, sachgerechte und objektive Entscheidungen zu treffen. Oberstes Ziel von Gemeinderat und Verwaltung muss es dabei sein, das Gemeinwohl im Auge zu behalten und nach Kräften eine Weiterentwicklung unserer Heimatgemeinde zu fördern.

In Folge verlas Bürgermeister Huckele die Verpflichtungsformel, die die Ratsmitglieder nachsprachen. Per Handschlag wurde Sie anschließend auf die gewissenhafte Wahrnehmung ihres Amtes verpflichtet.

## **TOP Ö 2 Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 26.07.2004 gefassten Beschlusses**

Bürgermeister Huckele gab bekannt, dass das Ratsgremium in seiner letzten nichtöffentlichen Sitzung am 26.07.2004 der Einstellung einer Reinigungskraft sein Einvernehmen erteilte.

## **TOP 3 Bildung und Besetzung der Ausschüsse des Gemeinderats, des Partnerschaftskomitees und der Landwirtschaftskommission**

Gemäß Gemeindeordnung kann der Gemeinderat zur Vorberatung seiner Verhandlungen (oder einzelner Verhandlungsgegenstände) beratende Ausschüsse bestellen. In der vergangenen Legislaturperiode waren folgende beratende Ausschüsse des Gemeinderats gebildet: Finanzen und Verwaltung; Umwelt-, Technik-, und Bauangelegenheiten; Soziales, Sport, Kultur und Jugend sowie der Bauausschuss „Areal Mack“. Die Ausschüsse waren mit jeweils 6 Mitgliedern besetzt. Im Hinblick auf die anstehende Erschließung von Baugelände im östlichen Gemeindegebiet wurde zudem ein (beschließender) Umlegungsausschuss „Gässeläcker“ gebildet. Des Weiteren bestand eine Landwirtschaftskommission und ein Partnerschaftskomitee, die jedoch formell nicht als Ausschüsse des Gemeinderats geführt wurden.

Nach Rücksprache mit den im neuen Gemeinderat vertretenen Fraktionen kam man überein, die Ausschüsse für Finanzen- und Verwaltung, für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten sowie für Soziales, Sport, Kultur und Jugend als beratende Gremien zu belassen. Die Bildung eines beschließenden Ausschusses für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Mitgliederzahl der (beratenden) Ausschüsse soll generell auf 8 festgelegt werden.

Hinsichtlich der Landwirtschaftskommission und des Partnerschaftskomitees kam man überein, diese als unabhängige Gremien (keine offiziellen Ausschüsse des Gemeinderats) weiter zu führen. In sie wird von jeder Ratsfraktion ein Mitglied entsandt.

Die Aufrechterhaltung des (beratenden) Bauausschusses „Areal Mack“ erscheint nach Abschluss der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Bau der Seniorenwohnanlage Luisenstraße nicht mehr geboten. Gleichfalls entbehrlich ist eine generelle Neubesetzung des Umlegungsausschusses „Gässeläcker“, nachdem die anstehenden Arbeiten des Gremiums weitgehend erledigt sind. Hier erfolgt lediglich eine Nachbenennung durch die CDU-Fraktion für deren scheidendes Mitglied GR Rudi Lerche.

Vor dem Hintergrund, dass man sich bereits im Vorfeld auf eine einvernehmliche Lösung verständigte, beschloss das Ratsgremium in seiner vergangenen Sitzung im Wege der Einigung (einstimmigen offenen Wahl) die Bildung und Besetzung o. a. Gremien.

(Zur personellen Besetzung siehe Download vor TOP 5)

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) konnte sich mit dem Verwaltungsvorschlag einverstanden erklären. Insbesondere begrüßte Sie die Erhöhung der Zahl der Ausschussmitglieder auf 8, da dies eine Berücksichtigung aller Fraktionen ermöglicht und so die Arbeit im Gremium vereinfacht.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) schloss sich seiner Vorrednerin an, erkundigte sich jedoch, weshalb der Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten, entgegen zurückliegender Bekundungen, nun doch nur als beratender und nicht als beschließender Ausschuss vorgeschlagen wird. Bürgermeister Huckele informierte, dass sich im Nachgang zu der seinerzeitigen Diskussion geänderte Mehrheitsverhältnisse abzeichneten und insofern ein beratender Ausschuss angedacht ist.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) signalisierte gleichfalls Zustimmung. Auch er begrüßte die Tatsache, dass nunmehr die GLP in den Ausschüssen vertreten ist, da hierdurch unnötige Rückfragen vermieden werden. Den Umstand, dass der Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten als beratendes Gremium vorgeschlagen wird, beurteilte er positiv, zumal kompliziertere Sachverhalte ohnedies in den Gemeinderat zurückverwiesen worden wären.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erteilte im Namen der GLP gleichfalls sein Einverständnis. Auf die Landwirtschaftskommission eingehend, hielt er es für angezeigt, deren Aufgabenkatalog um die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten der örtlichen Landwirtschaft zu erweitern. Bürgermeister Huckele hielt die Diskussion dieses Themas in der Kommission für denkbar.

Ausschuss für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten  
Finanz- und Verwaltungsausschuss  
Ausschuss für Soziales, Sport, Kultur und Jugend  
Umlegungsausschuss „Gässeläcker“  
Partnerschaftskomitee  
Landwirtschaftskommission

#### **TOP Ö 4 Wahl der Vertreter in den Verbands-/Mitgliederversammlungen der Zweckverbände "Abwasserverband Unterer Leimbach" und "Bezirk Schwetzingen", der Volkshochschule Bezirk Schwetzingen e.V., der Musikschule Bezirk Schwetzingen e.V. und des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim**

Die Gemeinde Plankstadt ist in den Verbands-/Mitgliederversammlungen des Zweckverbands "Abwasserverband Unterer Leimbach", des Zweckverbands "Bezirk Schwetzingen", der Volkshochschule Bezirk Schwetzingen e. V. sowie der Musikschule Bezirk Schwetzingen e. V. aktuell mit Bürgermeister Wolfgang Huckele (oder Stellvertreter) und jeweils 2 Gemeinderäten als weitere Mitglieder vertreten. Im Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim ist es Bürgermeister Wolfgang Huckele (oder Stellvertreter) und 1 Gemeinderat als weiterer Vertreter.

Nach Rücksprache mit den im neuen Gemeinderat vertretenen Fraktionen kam man überein, auch in der kommenden Legislaturperiode die Benennung der jeweiligen Ratsvertreter durch die beiden stärksten Fraktionen (bei den Zweckverbänden und der Volkshochschule/Musikschule) bzw. die stärkste Fraktion (beim Nachbarschaftsverband) beizubehalten. Aufgrund der diesbezüglichen personellen Vorschläge der Fraktionen ergab sich nachfolgende personelle Besetzung, der das Ratsgremium im Wege der Einigung (einstimmige offene Wahl) entsprach.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) bat darum, künftig kontinuierlicher über die Arbeit in den jeweiligen Gremien zu berichten. Bürgermeister Huckele verwies in diesem Zusammenhang auf die Sitzungsberichte in der örtlichen Presse, die die wesentlichen Punkte beinhalten. Sofern Fragen zu einzelnen Themen bestehen, bot er jedoch gerne an, bei der Verwaltung Rücksprache zu nehmen.

Zweckverband „Abwasserverband Unterer Leimbach“

Zweckverband „Bezirk Schwetzingen“

VHS Bezirk Schwetzingen e. V.

Musikschule Bezirk Schwetzingen e. V.

Vertreter im Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim

### **TOP Ö 5 Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters**

Gemäß Gemeindeordnung bestellt der Gemeinderat aus seiner Mitte einen oder mehrere Stellvertreter des Bürgermeisters. Sie werden nach jeder Wahl neu berufen. Bzgl. der Zahl der Stellvertreter besteht keine Vorgabe. Diese wird durch einfachen Beschluss des Gemeinderats festgelegt. In der abgelaufenen Amtsperiode waren 3 Stellvertreter bestellt. Nach Rücksprache mit den im neuen Gemeinderat vertretenen Fraktionen war man sich einig, diese Zahl 3 beizubehalten. Hinsichtlich der Benennung der Stellvertreter durch die Fraktionen sollte, wie seither, der 1. Bürgermeister-Stellvertreter durch die stärkste Fraktion (CDU), der 2. Bürgermeister-Stellvertreter durch die zweitstärkste Fraktion (PL) und der 3. Bürgermeister-Stellvertreter durch die drittstärkste Fraktion (SPD) benannt werden.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) beantragte im Namen seiner Fraktion geheime Wahl.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) zeigte sich hiervon überrascht, hatte man die Benennung der Bürgermeister-Stellvertreter in der Reihenfolge der Fraktionsstärke doch bereits im Vorfeld abgestimmt.

Auch Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) äußerte seine Verwunderung über den nunmehrigen Antrag. Zudem stellte er fest, dass primär ohnehin nur der 1. Bürgermeister-Stellvertreter zum Einsatz kommt und Gemeinderat Karl Schleich (CDU) dieses Amt zurückliegend parteiübergreifend und mit Bravour bekleidet hat.

Im Wege der geheimen Wahl wurden sodann (als einzige Kandidaten in jeweils separaten Wahlgängen) gewählt:

#### **1. Bürgermeister-Stellvertreter:**

Gemeinderat Karl Schleich (CDU)

einstimmige Wahl

#### **2. Bürgermeister-Stellvertreter:**

Gemeinderat Horst Kolb (PL)

4 Nein-Stimmen/15 Ja-Stimmen

### **3. Bürgermeister-Stellvertreter:**

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD)

7 Nein-Stimmen/12 Ja-Stimmen.

### **TOP Ö 6 Neufassung der „Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit“**

Entsprechend den Bestimmungen der aktuellen Entschädigungssatzung erhalten die Fraktionsvorsitzenden neben ihrer monatlichen Grundpauschale als Gemeinderat (128,-- Euro) noch eine weitere Pauschale für die Fraktionstätigkeit (31,-- Euro). Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) führte in ihrem diesjährigen Prüfungsbericht hierzu aus, dass eine Finanzierung der Fraktionsarbeit mit Haushaltsmitteln grundsätzlich im Ermessen der Gemeinde steht. Das Gewähren entsprechender Leistungen setzt jedoch einen erheblichen Aufwand für die Fraktionstätigkeit voraus, wie er wohl nur bei größeren Kommunen anzuerkennen ist. Zudem wäre eine entsprechende Finanzierung auf den notwendigen Umfang im Rahmen der Fraktionsarbeit beschränkt. Zusammenfassend gelangt die GPA zu der Auffassung, dass die Fraktionsentschädigung für eine Gemeinde in der Größe Plankstadts aufgegeben werden sollte. Die Prüfbemerkung der GPA wurde dem Ratsgremium in seiner Sitzung am 21.06.2004 zur Kenntnis gegeben. Gleiches gilt für die hierzu ergangene Stellungnahme der Verwaltung, die eine Überarbeitung der Entschädigungssatzung unter künftigem Wegfall der Fraktionszuwendung vorsieht.

Die Gemeinderäte Günter Kolb (CDU), Gerhard Waldecker (PL) sowie Dr.Dr. Ulrich Mende (SPD) votierten gegen die geplante Neufassung, zumal sie die in Rede stehende Fraktionspauschale für gerechtfertigt und betragsmäßig eher gering einstufen.

In gleicher Weise äußerte sich auch Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP), der zudem darauf verwies, dass die Gemeindeprüfungsanstalt nicht die Funktion einer Rechtsaufsicht ausübt. Vielmehr handelt es sich um ein Unternehmen, das gegen Entgelt für die Kommunen tätig ist. Der Aufwand für die Fraktionstätigkeit rechtfertigt durchaus die Entschädigung, verwies er auch darauf, dass man bereits in anderen Bereichen (Verzicht auf die Einrichtung separater Fraktionszimmer; keine PC-gestützte Anbindung an den Sitzungsdienst; Verzicht auf den Gemeinderatsausflug) seinen Sparwillen bekundete.

Im Ergebnis votierte das Ratsgremium bei 1 Enthaltung des Bürgermeisters gegen die geplante Neufassung der Entschädigungssatzung.

### **TOP Ö 7 Verkauf von gemeindeeigenen Baugrundstücken im Gebiet „Gässeläcker“**

Durch die Baulandumlegung „Gässeläcker“ wurde die Gemeinde Eigentümerin mehrerer Baugrundstücke für Doppelhaushälften, Einzelhäuser sowie freistehende Mehrfamilienhäuser. Die Grundstücke im Gebiet „Gässeläcker“ wurden bei der Baulandumlegung mit 300,00 €/m<sup>2</sup> (Ausgleichsbetrag) bewertet. Der Verkaufspreis für Bauplätze im Gebiet „Keesgrieb“ wurde nach Aufhebung der Zuteilungsrichtlinien vom Gemeinderat auf 335,00 €/m<sup>2</sup> festgesetzt. Da das Baugebiet „Gässeläcker“ gegenüber dem Baugebiet „Keesgrieb“ etwas höherwertiger anzusehen ist, wäre ein Verkaufspreis aus Sicht der Verwaltung von 340,00 €/m<sup>2</sup> angemessen. Die

Erschließungskosten wurden von der Kommunalentwicklung (Erschließungsträger) auf maximal 70,00 €/m<sup>2</sup> kalkuliert. Die Planungskosten für den Bebauungsplan belaufen sich auf maximal 8,00 €/m<sup>2</sup>. Hiernach würde sich der Verkaufspreis auf insgesamt 418,-- €/m<sup>2</sup> summieren. Der vorstehende Verkaufspreis wäre endgültig, d.h. evtl. Nachforderungen für Erschließungs- und Planungskosten werden nicht geltend gemacht. Für die Doppelhaus- und Einzelhausgrundstücke liegen bereits Bewerbungen vor, für die Bauplätze für Mehrfamilienhäuser hingegen nicht. Nach Aufhebung der Zuteilungsrichtlinien wurde mit dem Verkauf der verbleibenden gemeindeeigenen Baugrundstücke im Gebiet „Keesgrieb“ der Bürgermeister beauftragt. Im Gebiet „Gässeläcker“ sollte in gleicher Weise verfahren werden.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) bezeichnete den angedachten Verkaufspreis als angemessen. Auf ihre Frage nach den in der Verwaltungsvorlage genannten Interessenten, antwortete RAL Schneider, dass sich aktuell 11 Bewerber gemeldet haben. Abschließend verwies Gemeinderätin Schuster auf den Umstand, dass es sich beim Verkauf der kommunalen Liegenschaften um ein Gesamtvolumen von immerhin ca. 2 Mio Euro handelt. Diesbezüglich hinterfragte sie, inwieweit eine Übertragung des Verkaufs auf den Bürgermeister unproblematisch möglich ist, oder ob hier nicht ggf. eine Vergabekommission eingesetzt werden müsste. Bürgermeister Huckele antwortete, dass einer Übertragung auf den Bürgermeister bei entsprechendem Einvernehmen im Ratsgremium keine rechtlichen Bedenken der Gemeindeprüfungsanstalt entgegenstehen.

Gemeinderat Horst Kolb (PL) freute sich über das bereits aktuell bestehende Interesse an den gemeindeeigenen Bauplätzen und hoffte, dass sich der heute zu beschließende Verkaufspreis bis zur Vergabe aller Liegenschaften halten lässt.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) konnte dem angedachten Quadratmeterpreis gleichfalls zustimmen. Dieser sei nachvollziehbar und angemessen. Auch plädierte er für eine Übertragung des Verkaufs auf den Bürgermeister, da dieser (gemeinsam mit der Verwaltung) eine praktikable und schnelle Abwicklung sicher stellt.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bezeichnete die kommunalen Liegenschaften als „Tafelsilber“, welches die Gemeinde nunmehr zu veräußern gedenke. Die hieraus erzielten Erlöse fließen in den kommunalen Haushalt und sind nach einiger Zeit aufgebraucht, so seine Befürchtung. Zudem monierte er, dass durch die Veräußerung aller gemeindeeigenen Grundstücke wertvolles Tauschgelände verloren geht, dass für evtl. künftige Ausgleichsmaßnahmen bzw. evtl. anderweitige kommunale Projekte dringend benötigt würde. Da sich die GLP bereits zurückliegend bei den Beschlussfassungen zum geplanten Gebiet „Gässeläcker“ der Stimme enthalten hat, werde sie dies auch beim vorliegenden Antrag tun, so Gemeinderat Wolf abschließend. Dies gelte jedoch lediglich für Punkt 2 des Verwaltungsvorschlags (Übertragung des Verkaufs auf den Bürgermeister). Mit dem in Rede stehenden Verkaufspreis könne man sich hingegen einverstanden erklären.

Im Ergebnis votierte das Ratsgremium einstimmig dafür, den Verkaufspreis für gemeindeeigene Baugrundstücke im Gebiet „Gässeläcker“ auf 418,00 €/m<sup>2</sup> inklusive Erschließungs- und Planungskosten festzusetzen. Bei 2 Enthaltungen der GLP sprach man sich dafür aus, den Bürgermeister mit dem Verkauf der Grundstücke zu beauftragen.

## **TOP Ö 8 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Gässeläcker“ – 1. Änderung im vereinfachten Verfahren**

Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Gässeläcker“ sind am 15.04.2004 in Kraft getreten. Bei der Erörterung des Umlegungsplanes mit den Eigentümern haben sich gewisse Änderungsnotwendigkeiten ergeben, die u. a. auch eine Änderung in den planungsrechtlichen Festsetzungen erforderlich machen. Zudem waren Änderungen aufgrund nicht eindeutiger Formulierungen in der Ursprungsfassung erforderlich.

Die Gemeinderäte Horst Kolb (PL) und Dieter Schneider (SPD) konnten dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechen. Gleiches galt für Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU), die jedoch bat darauf hinzuwirken, dass im Gebiet WA 32 alternativ zu den festgesetzten Garagen auch Carports erstellt werden können.

Auch Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) bezeichnete die vorgeschlagene Planung als sinnvoll. Insbesondere freute er sich über die weitergehende Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes. Hinsichtlich der Ableitung des Straßenoberflächenwassers erkundigte er sich nach dem Grad der Kanaleinleitung bzw. der Möglichkeit zur Schaffung alternativer Versickerungsflächen. BAL Boxheimer informierte, dass das Straßenoberflächenwasser fast ausschließlich in die Kanalisation entwässert wird. Alternativen hierzu waren planerisch lediglich in einem kleinen Teilbereich möglich. Zu Bedenken gab er jedoch, dass die Untere Wasserbehörde eine durchaus kritische Haltung zur freien Versickerung von Straßenoberflächenwasser einnimmt, da dies ggf. einen hohen Verschmutzungsgrad aufweist. Unter Bezugnahme auf die zurückliegende Enthaltung der GLP zur Planung „Gässeläcker“, enthielt sich Gemeinderat Wolf für die GLP-Fraktion auch im vorliegenden Fall der Stimme.

Der 1. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Gässeläcker“ im Wege des vereinfachten Verfahrens erteilte das Ratsgremium schließlich bei 2 Enthaltungen der GLP sein Einvernehmen.

## **TOP Ö 9-13 Bauvoranfrage/Bauanträge**

Mit jeweils einstimmigem Votum entsprach das Ratsgremium den Baugesuchen auf Errichtung eines Anbaus auf dem Grundstück Flst.Nr. 376/1 an das Zweifamilienwohnhaus auf dem Grundstück Flst.Nr. 375/2, Scipiostr. 21,

Dachgeschossausbau mit Gaubenerrichtung und Anbau eines Wintergartens auf dem Grundstück Flst.Nr. 3373, Goethestr. 37 sowie

Wohnhauserweiterung und Veränderung der Garage auf dem Grundstück Flst.Nr. 3612, Lessingstr. 39.

Mehrheitlich (bei 5 Gegenstimmen der PL (3) und GLP (2) sowie 2 Enthaltungen der Gemeinderäte Franz Streck und Fredi Engelhardt (PL)) entsprochen werden konnte dem Bauantrag zum Neubau von vier Reihenhäusern mit Carports und Stellplätzen auf dem Grundstück Flst.Nr. 94, Friedrichstr. 24.

Vertagt und zur Beratung in den zuständigen Ausschuss verwiesen wurde der Bauantrag der TSG Eintracht Plankstadt zum Neubau eines Rasenfußball-trainingplatzes auf dem Grundstück Flst.Nr. 1316/19, Jahnstr. 6. Hierzu ist auszuführen, dass man sich in einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten am 07.04.2003 mit Vertretern der TSG Eintracht darauf verständigte, dem Verein den

ehemaligen Reiterplatz zur Verfügung zu stellen, um dort in planerischer und finanzieller Eigenverantwortung des Vereins die Realisierung eines weiteren Spielfeldes zu ermöglichen. Hierdurch sollen die Platzkapazitätsprobleme des Vereins gelöst werden.

In der vergangenen Ratssitzung war über den nun eingereichten Bauantrag zur Errichtung eines Rasenfußballtrainingsplatzes zu entscheiden. Ein Bebauungsplan für das Gebiet liegt nicht vor, jedoch ist das Gelände im Flächennutzungsplan als Sportfläche ausgewiesen. Im Hinblick auf die Nutzung der benachbarten Gemeindegrundstücke fügt sich das Vorhaben aus Sicht der Verwaltung in die Umgebungsbebauung ein.

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) erinnerte zunächst an den Versuch, den Bolzplatz beim Messplatz als Trainingsgelände für die Fußballjugend zu nutzen. Diese Maßnahme habe schlussendlich jedoch nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt, weshalb nunmehr eine dauerhafte Lösung gefunden werden muss. Der hierfür in Rede stehende Reiterplatz wird aktuell für diverse Aktivitäten genutzt und weist in Teilen fast biotopähnliche Strukturen auf. Nichtsdestotrotz gelte es, die verschiedenen Interessen abzuwägen, wobei einer künftigen Nutzung als Sportgelände Vorrang einzuräumen ist, verwies Gemeinderat Kolb insbesondere auf die wichtige Jugendarbeit der TSG Eintracht. Als unerlässlich für die weiteren Schritte bezeichnete er jedoch einen Bedarfs- und insbesondere Finanzierungsplan. Diesen gelte es, vom Verein aufzustellen, bevor über die weitere Vorgehensweise beraten werden kann. Auch sah Gemeinderat Kolb Bedarf, die Planungen mit den angrenzenden Nutzern (Vogelpark; Hundesportverein) abzustimmen. Sollten vorgenannte Punkte geklärt sein, könne dem Projekt auch von Seiten der CDU-Fraktion das Einvernehmen erteilt werden.

Gemeinderat Fredi Engelhardt (PL) verwies auf die bereits zurückliegend geführte Diskussion zu diesem Thema. Fakt sei, dass es insbesondere im Jugendbereich an ausreichenden Trainingskapazitäten mangelt. Insofern konnte er dem Baugesuch entsprechen. Über die Frage der Finanzierung müsse man sich noch unterhalten, wobei hier sicher eine Lösung gefunden wird.

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) schloss sich den Ausführungen von Gemeinderat Kolb (CDU) an und sah ebenfalls noch in einigen Punkten Klärungsbedarf. Obgleich ein Engpass bei den Trainingskapazitäten unstrittig ist, gelte es, noch eine nachvollziehbare Bedarfsplanung vorzulegen und insbesondere auch die Frage der Finanzierung zu erörtern. Auch erinnerte er an zurückliegende Überlegungen, die evtl. Auslagerung der gesamten Sportanlagen betreffend sowie einen Gemeinderatsbeschluss aus den 90-er Jahren, der für den Reiterplatz eine anderweitige Nutzung vorsieht. Diesen Beschluss gelte es, zunächst formell aufzuheben. Weitere Punkte seien die Einbeziehung der, in unmittelbarer Nachbarschaft gelegen Vereine, die Frage zur künftigen Pflege des Platzes sowie die generellen Modalitäten des künftigen Pachtvertrags. Vor dem Hintergrund, dass auch seine Fraktion einer wohlwollenden Prüfung des Antrags aufgeschlossen ist, bat Gemeinderat Dr. Dr. Mende dennoch um eine Vertagung des Punktes und nochmalige Diskussion im zuständigen Ausschuss.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) sah das vorliegende Baugesuch eher als eine Art Bauvoranfrage, die der Sicherung des Areals für den beantragten Zweck dient. Hinsichtlich zurückliegender Beschlüsse, den Reiterplatz betreffend, erinnerte er an die Tatsache, dass (auf seinerzeitigen Antrag der SPD-Fraktion) auf dem Areal eine Streuobstwiese angelegt werden sollte. Es handelte sich dabei um eine Ausgleichsmaßnahme für das Entfernen der Pappelreihe auf dem Sportgelände. Auch dieser Beschluss des Ratsgremiums müsste aus Sicht der GLP zunächst aufgehoben werden. Zudem verwies Gemeinderat Hohl darauf, dass man bei Bau des Naturrasenplatzes von keinem weiteren Bedarf an Trainingskapazitäten ausging. Des Weiteren wurde die Gemeindeverwaltung mit der Prüfung der Verträglichkeit eines neuen Platzes in Bezug auf die angrenzenden Vereingelände beauftragt.



Hier stehe ein Ergebnis der Prüfung noch aus. Als wesentlich erachtete Gemeinderat Hohl auch, dass vorliegend mehrere Varianten eines neuen Trainingsplatzes, mit naturgemäß auch unterschiedlichem Finanzierungsaufwand, im Raume stehen. Dies sei insofern von Bedeutung, als die Gemeinde über die bestehenden Vereinsförderungsrichtlinien in nicht unerheblichem Maße an den Herstellungskosten beteiligt ist. Über den verbleibenden Betrag müsse der Verein dann einen schlüssigen Finanzierungsplan vorlegen. Zusammenfassend plädierte auch die GLP für eine nochmalige Behandlung des Sachverhalts im zuständigen Ausschuss. Hierbei sollten bereits die erbetenen Unterlagen vorliegen.

Bürgermeister Huckele machte deutlich, dass es sich rein rechtlich nicht um eine Bauvoranfrage, sondern einen formellen Bauantrag handelt. Dieser wurde der Gemeinde zur Stellungnahme übersandt, wobei man an gewisse Fristen gebunden ist. Werden diese nicht eingehalten, gilt die Zustimmung zum Antrag als erteilt. Denkbar sei hier lediglich die Beantragung einer Fristverlängerung. Diesem Vorschlag entsprachen die Fraktionen von CDU, SPD und GLP.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erinnerte an den seinerzeitigen Bau der Tennisanlage, den er in Bezug auf vorliegenden Antrag als Präzedenzfall einstufte.

Gemeinderat Horst Kolb (PL) erinnerte an die Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten vom 07.04.2003, in der dem Verein signalisiert wurde, dass das Gelände des Reiterplatzes für die Neuanlage eines Spielfeldes zur Verfügung gestellt wird. Aus seiner Sicht gilt es, nunmehr in dieser Frage eine abschließende Entscheidung zu treffen.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) sah das Votum in der seinerzeitigen Ausschusssitzung als grundsätzliche Bereitschaftsbekundung, wobei unabhängig davon noch die näheren Einzelheiten (Finanzierung, Rückfallregelung, Vertragsgestaltung, etc.) einer Klärung bedürfen.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) betonte nochmals, dass das Votum ihrer Fraktion keinesfalls gegen den Bauantrag selbst gerichtet ist. Es gelte lediglich vorab die noch offenen Fragen zu diskutieren.

Aufgrund der Wortmeldungen stellte Bürgermeister Huckele den Antrag auf Vertagung und Verweis in den zuständigen Bauausschuss zur Abstimmung.

Diesem entsprach das Ratsgremium bei

13 Ja-Stimmen: Sonstige

4 Nein-Stimmen: PL (4)

1 Enthaltung: Bürgermeister Huckele.

## **TOP Ö 14 Bekanntgaben, Anfragen**

### **1. Errichtung eines Spielplatzes im Bereich „Keesgrieb“**

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) verwies auf die Planungen zum Bau eines Spielplatzes im Bereich „Keesgrieb“ und erkundigte sich nach dem diesbezüglichen Sachstand.

Bürgermeister Huckele informierte, dass auf dem betreffenden Gelände aktuell Aushubmaterial gelagert ist, die Maßnahme jedoch zeitnah nach Räumung des Platzes in Angriff genommen wird.

### **2. Pflege der Grünflächen entlang der Ostumgehung Plankstadt**

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) monierte den schlechten Pflegezustand der Grünflächen entlang der Ostumgehung.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) bezog sich hier insbesondere auf den Wall an der Abfahrt Süd, an dem die PL zurückliegend bereits zur Ortsverschönerung Blumen gepflanzt hat.

Bürgermeister Huckele verwies in dieser Angelegenheit auf die Zuständigkeit des Kreises, der für die Pflege der betreffenden Flächen verantwortlich zeichnet. Gemeinderat Kolb, wie auch Gemeinderätin Breitenbücher, baten um dortige Vorsprache.

### **3. Verkauf von Parkraum im Bereich der Neubauf Flächen Eisenbahnersiedlung**

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) verwies auf einen Brief der für die Erschließung der Neubauf Flächen Eisenbahnersiedlung zuständigen BaulandEntwicklung Schwetzingen, in dem Parkraum zum Verkauf angeboten wird. Wie Gemeinderat Kolb feststellte, sind im dortigen Bereich öffentliche Parkflächen ausgewiesen, was dem Ansinnen des Unternehmens widerspricht.

Bürgermeister Huckele machte deutlich, dass es sich bei den von der BaulandEntwicklung angebotenen Plätzen um Privatgelände des Unternehmens handelt. Die öffentlich ausgewiesenen Flächen werden selbstverständlich wie geplant erstellt und sind der Allgemeinheit kostenfrei zugänglich.

### **4. Errichtung von Mobilfunkanlagen**

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) monierte die kürzliche Errichtung eines zusätzlichen Mobilfunkstandortes im Bereich der ehem. Gaststätte „Rosengarten“ und hinterfragte evtl. rechtliche Möglichkeiten.

Bürgermeister Huckele machte deutlich, dass bei Vorlage einer so genannten Standortbescheinigung (Unbedenklichkeitsbescheinigung der Anlage durch die zuständige Fachbehörde) keine rechtlichen Schritte möglich sind.

## **5. Erschließung des Gebietes Bruchhäuser Weg links und rechts/Planungskosten**

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) hinterfragte die Möglichkeit zur Quantifizierung der bisherigen Planungskosten für die Erschließung des Gebietes Bruchhäuser Weg links und rechts. Zudem erkundigte er sich nach der Möglichkeit, die diesbezüglichen Kosten wieder einzufordern.

Bürgermeister Huckele informierte, dass die Kosten durchaus zu quantifizieren sind, diese jedoch erst im Zuge der tatsächlichen Erschließung des Gebietes von den Grundstückseigentümern erhoben werden können. Insofern handelt es sich nach Aussage von Gemeinderat Waldecker aktuell um „totes Kapital“.

## **6. Bauvorhaben auf dem Anwesen Brühler Weg 96**

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) verwies darauf, dass seinen Informationen zu Folge auf dem Anwesen Brühler Weg 96 der Ausbau des Trockenspeichers geplant ist. Durch den Einbau von Dachflächenfenstern soll hier Wohnraum geschaffen werden. Den betreffenden Mietern wurde die seither genutzte Fläche bereits gekündigt. Er fragte, inwieweit dies der Verwaltung bekannt ist.

BAL Boxheimer hatte hiervon keine Kenntnis. Zur evtl. Genehmigungspflicht des Vorhabens führte er aus, dass diese von verschiedenen Faktoren abhängig ist, die es vorab zu prüfen gilt.

## **7. Ausweisung eines Spielplatzes in der Bahnstraße**

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) erinnerte an die geplante Ausweisung eines Spielplatzes in der Bahnstraße und erkundigte sich nach dem Sachstand in dieser Angelegenheit.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) stellte hierzu fest, dass es sich dabei um einen Gemeinderatsbeschluss handelt, den es umzusetzen gilt.

Bürgermeister Huckele teilte mit, dass ursprünglich die Schaffung entsprechender Freiflächen für Kinder und Jugendliche im Zusammenhang mit der Erschließung des Bereichs Bruchhäuser Weg links und rechts angedacht war. Da sich die diesbezügliche Maßnahme jedoch verzögert, ist dies nicht möglich. Zur evtl. autonomen Realisierung des Vorhabens sei zu prüfen, inwieweit in den nächstjährigen Haushalt diesbezügliche Mittel eingestellt werden können. Zurückliegend war dies vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage der Kommune nicht möglich.

## **8. Pflanzbewuchs an der Friedrichschule**

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) verwies auf den aktuell, großflächigen Pflanzbewuchs an der Friedrichschule und hinterfragte, ob seitens der Verwaltung eine komplette Eingrünung des Gebäudes angedacht sei. Eine solche Lösung ist aus ihrer Sicht nicht zu favorisieren, würde dies doch unweigerlich auch die Gebäudesubstanz in Mitleidenschaft ziehen.

Bürgermeister Huckele pflichtete dem bei. Auch er sprach sich gegen eine komplette Eingrünung aus und sicherte zu, in dieser Frage eine praktikable Lösung zu finden.

## **9. Bürgersprechstunde der Fraktionen im Rathaus**

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf die neuerlich eingerichtete Bürgersprechstunde der CDU-Fraktion im Rathaus und hinterfragte die Möglichkeit, auch den anderen Fraktionen hierfür geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Huckele sagte dies zu.

## **10. Westumgehung Grenzhof**

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) verwies auf einen Pressebericht vom 16.08.2004, in dem sich die Anwohner des Grenzhofes gegenüber der aktuellen Planung zur Westumfahrung skeptisch äußern und hier einer Ostumgehung den Vorzug geben.

Bürgermeister Huckele stellte fest, dass man die Planungen zur Westumgehung im Sinne einer verkehrsbelastenden Wirkung nicht gesondert, sondern vielmehr im Kontext mit dem Ausbau der verlängerten Ostumgehung Plankstadt sehen muss. Hierzu sind jedoch Gespräche, sowohl mit der Stadt Eppelheim, als auch mit der Stadt Heidelberg zu führen. Er habe sich bereits mit seinem Eppelheimer Kollegen Mörlein ins Benehmen gesetzt und mögliche Alternativen diskutiert. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuell vorliegenden Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung des Büros Bender und Stahl. Die so gewonnenen Ergebnisse sind nun noch zu konkretisieren und dann mit der Stadt Heidelberg abzustimmen.

## **11. Plankstadter Straßenfest**

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) monierte die doch recht laute Musikbeschallung im Rahmen des Live-Programms beim Straßenfest. Zudem verwies er auf die Notwendigkeit zur hinreichenden Ausweisung von Rettungswegen sowie Brandschutzmaßnahmen.

HAL Knörzer informierte, dass man bzgl. der Lautstärke nur an die Teilnehmer appellieren kann. Im Übrigen trage man durch die konsequente Überwachung der Sperrzeiten dem Ruhebedürfnis der Anwohner Rechnung. Hinsichtlich der Rettungswege verwies er auf die freitägliche Prüfung der Durchfahrtsbreite für Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr. Zudem habe man mit dem nunmehrigen Durchstich zur „Keesgrieb“ eine weitere Zufahrtsmöglichkeit für Rettungsfahrzeuge gewonnen. Den Punkt weitergehende Brandschutzmaßnahmen (Bereitstellung von Feuerlöschern, etc.) sah er vorwiegend auch in Zuständigkeit der jeweiligen Standbetreiber.

## **12. Anfragen der Sitzungsbesucher**

Eine Sitzungsbesucherin erkundigte sich nach dem Sachstand bzgl. der Errichtung eines Einkaufsmarktes im Bereich Plankstadt-Süd (Ofersheimer Landstraße). BAL Boxheimer informierte, dass derzeit mit dem Planer des Marktes in Kontakt steht. Ein zeitlicher Horizont für die Realisierung kann aktuell Zeitpunkt jedoch noch nicht genannt werden.

Einer der Sitzungsbesucher bezog sich auf die Anfrage bzgl. des Pflegezustands der Grünflächen an der Ostumgehung/Einfahrt Süd und befand gleichfalls, dass hier dringend Abhilfe durch den Kreis eingefordert werden müsste.

Eine weitere Anfrage thematisierte den Bau einer Radwegverbindung von Plankstadt nach Ofersheim. Bürgermeister Huckele informierte, dass dieses Thema bereits zurückliegend diskutiert wurde. Die Verwaltung habe zum damaligen Zeitpunkt alle betroffenen Grundstückseigentümer angeschrieben und um Zustimmung zur Inanspruchnahme der notwendigen Flächen zum Bau einer Radwegverbindung gebeten. Da jedoch nicht mit allen Eigentümern eine einvernehmliche Lösung erzielt werden konnte, wird der Radweg wohl erst im Zuge des Baus der B 535 realisiert. In deren Planungen ist eine entsprechende Verbindung entlang der Trasse ausgewiesen.

Eine abschließende Anfrage monierte die Nichterreichbarkeit der Parkplätze im Innenhof des Katholischen Kindergartens St.Nikolaus. Obgleich im dortigen Bereich entsprechende Parkflächen ausgewiesen sind, werden diese nach Aussage des Anfragers faktisch nicht als solche genutzt. Bürgermeister Huckele machte deutlich, dass er hier lediglich an die potentiellen Nutzer appellieren kann. Für weitergehende Maßnahmen besteht keine Handhabe.